

LAG Jan-Joest-Weg 2 46483 Wesel

An die  
Landtagsabgeordnete  
Frau  
Annegret Krauskopf



LANDESGEMEINSCHAFT  
FÜR ERZIEHUNGSBERATUNG  
NORDRHEINWESTFALEN e.V.

Geschäftsstelle  
Jan-Joest-Weg 2  
46483 Wesel  
Telefon (0281) 61274  
Telefax (0281) 61274  
[lag\\_eb.nrw@t-online.de](mailto:lag_eb.nrw@t-online.de)

[www.t-online.de/  
home/lag\\_eb.nrw](http://www.t-online.de/home/lag_eb.nrw)

Vorstand  
U. Oettel  
Telefon (05205) 2880

Der Fachverband für Erziehungs-,  
Familien- und Jugendberatung

15.10.01

Stellungnahme zur geplanten Streichung des Landeszuschusses für die kommunale Erziehungs- und Familienberatung

Sehr geehrte Frau Krauskopf,

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung e.V. - Der Fachverband für Erziehungs-, Familien- und Jugendberatung - wendet sich entschieden gegen den von der Landesregierung vorgesehenen Wegfall der Zuschüsse für kommunale Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Entwurf des Landeshaushaltes 2002.

Gemessen an der Landesförderung im Jahre 2001 wären von dieser Maßnahme 415 Fachkraftstellen mit einem Volumen von 8.283 EU (16.200.00 DM) betroffen.

Erziehungs- und Familienberatungsstellen bilden eine wesentliche Säule in der psychosozialen Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Eltern/Familien. Seit vielen Jahren leisten sie unverzichtbare Beiträge im Bereich der Einzelfallhilfe in Form von Beratung, Diagnostik und Therapie, Gruppenangeboten, sowie in der Prävention mit Eltern, Lehrer/-innen, Erzieher/-innen und Fachkräften der Jugendhilfe.

In ihren fachlichen Aufgabenschwerpunkten haben sie sich auf gesellschaftliche Entwicklungen eingestellt. Beispielhaft zu nennen sind hierbei die Hilfen bei Trennung und Scheidung, bei allein Erziehenden, bei Familien mit Migrationshintergrund, bei sexuellem Missbrauch und bei Aggression und Gewalt bei Kindern und Jugendlichen.

Die institutionalisierte Erziehungsberatung zeichnet sich dabei durch einen niedrighschweligen Zugang, Lebensweltorientierung und Flexibilität für ihre Kunden aus.

Mit dem Arbeitsansatz eines multiprofessionellen Teams werden Hilfestellungen generiert, die eine hohe Qualität und Effizienz sicherstellen. Großer Wert wird gelegt auf eine Vernetzung mit anderen Jugendhilfeangeboten. Das sorgt dafür, dass weitaus eingriffsintensivere Hilfen vermieden und Familien stabilisiert werden.

Alle Veröffentlichungen belegen, dass der Bedarf an Beratungsleistungen eine ständig steigende Nachfrage aufweist, ohne dass in der Vergangenheit weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt worden sind.

Durch einen Wegfall des Landeszuschusses für kommunale Beratungsarbeit kann der Versorgungsauftrag des KJHG nicht mehr erfüllt werden, in dem die Erziehungsberatung ein Instrument aufeinander abgestimmter Hilfen ist. Ein Element der „Hilfen zur Erziehung“ kann nur im Kontext der vom KJHG vorgesehenen Jugendhilfeplanung verändert werden, andernfalls würde jegliche nachhaltige Planung ad absurdum geführt und rein fiskalischen Gesichtspunkten Rechnung getragen.

Eine Streichung des Landeszuschusses würde nach unserer Meinung folgende Konsequenzen zeitigen:

- Kommunale Träger werden ihre Beratungsstellen schließen oder drastisch verkleinern müssen - eventuell gerade ihre Außenstellen in problembelasteten Stadtteilen.
- Die steigende Nachfrage kann durch Einrichtungen freier Träger nicht aufgefangen werden, da diese bereits jetzt einen hohen Nachfragedruck haben.
- Können vorhandene Beratungsstellen keine Kapazität bieten, werden Bürger ihr Recht auf Erziehungsberatung gegenüber der Kommune einklagen und die Finanzierung beraterisch/therapeutischer Hilfen bei Privatpraxen einfordern. Hierdurch entstehen - wie die Erfahrungen aus Berlin zeigen - höhere Kosten für die Kommunen als durch die Regelfinanzierung von Beratungsstellen.
- Es ist damit zu rechnen, dass die Kommunen ihre Zuschüsse an die Beratungsstellen in freier Trägerschaft kürzen, um die entstandenen Finanzierungslücken aufzufangen.
- So werden sich auch die freien Träger in ihrem Engagement für die Beratungsarbeit zurücknehmen, weil sie einerseits die Kürzung ihrer kommunalen Zuwendungen befürchten müssen. Andererseits werden sie im Land nicht mehr den verlässlichen Partner für die Förderung der Beratungsarbeit sehen.

Aus diesen Gründen möchten wir Sie bitten, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Bildungs- und Erziehungsoffensive des Landes nicht demaklatorisch bleibt und die geplanten Kürzungen verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Oppel, LAG-Vorsitzender